

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

Eigenständigkeit der swb AG erhalten!

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der bisherige Beschlusstext wird um die folgenden Passagen ergänzt:

5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, auch zu prüfen, ob sich in der gegenwärtigen Situation Möglichkeiten zur Rekommunalisierung bzw. Teilkommunalisierung der swb AG bieten.
6. Wenn dies der Fall ist, fordert die Bürgerschaft (Landtag) den Senat auf, zu prüfen, ob eine (Teil)-Rekommunalisierung der swb sinnvoll und Erfolg versprechend ist. Insbesondere ist dies im Hinblick auf die Sicherung der Eigenständigkeit sowie der Arbeitsplätze der gesamten swb und im Hinblick auf die Einflussnahme auf ökologische und soziale Komponenten der Geschäftstätigkeit zu prüfen.
7. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, zeitnah in der Bürgerschaft über die Ergebnisse dieser Prüfungen zu berichten.

Begründung

Zurzeit plant der Senat, etwa 175 Mio. € für die Rekommunalisierung eines Viertels der Netze zu investieren, die 2014 neu lizenziert werden. Nach Einschätzung der Staatsräte-AG, die sich mit diesem Thema befasst hat, sind ökologische oder soziale Gestaltungsspielräume bei der Betreibung der Netze gering. Auch zur Sicherung von Arbeitsplätzen wäre die geplante Beteiligung nur an der swb Netze GmbH & Co. KG von beschränktem Nutzen, weil bei dieser Tochterfirma der swb AG nur ein Fünftel der in Bremen angestellten Mitarbeiter/-innen beschäftigt sind (550 von 2 600). Gleichzeitig hat sich der Senat auch mit der Frage beschäftigt, ob es für Bremen lukrativ wäre, neue Stadtwerke in öffentlicher Hand ins Leben zu rufen. Da diese in direkter Konkurrenz zur swb AG stünden und die bremische Verwaltung keine gewachsene Kompetenz zur Durchführung dieser Aufgabe habe, hat die Staatsräte-AG diese Option vorerst verworfen.

Vor drei Jahren hat Bremen die Mehrheit der swb AG für 680 Mio. € von Essent übernommen und an die EWE AG weiterverkauft. Zurzeit ist die EWE AG laut Presseberichten finanziell angeschlagen und möglicherweise für das Angebot eines Rückkaufs von swb-Anteilen empfänglich. Wird der Kaufpreis vor drei Jahren als Anhaltspunkt genommen, würde die Rekommunalisierung eines Anteils von 25 % der swb 340 Mio. € kosten, ein Anteil von 12,5 % 170 Mio. €. Die Einflussnahme auf energiepolitische, ökologische und soziale Aspekte der Unternehmenspolitik, aber auch die Möglichkeit zur Sicherung aller Bremer Arbeitsplätze bei der swb wäre dabei wahrscheinlich deutlich größer als bei der geplanten 25-%-Beteiligung an den Netzen.

Klaus-Rainer Rupp,
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE